

Kinderarmut: Große Herausforderungen für Kommunen

Westdeutsche Länder weniger betroffen als ostdeutsche und Stadtstaaten

Kinderarmut bezeichnet den Anteil der Kinder unter 15 Jahren, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II beziehen. Besonders betroffen sind Berlin (mit einer Quote von 35,6 Prozent) sowie Bremen mit 30,7 Prozent. Es folgen Mecklenburg-Vorpommern (27,2 Prozent), Sachsen (23,3 Prozent), Brandenburg (22,3 Prozent), Hamburg (22,9 Prozent) und Thüringen (21,7 Prozent). Zum Teil deutlich niedriger liegt die Kinderarmutsquote in den westdeutschen Flächenländern Nordrhein-Westfalen (17,9 Prozent), Schleswig-Holstein (15,9 Prozent), dem Saarland (16,4 Prozent), Niedersachsen (15,4 Prozent), Hessen (15,1 Prozent) und Rheinland-Pfalz (12,6 Prozent). In Baden-Württemberg (8,9 Prozent) und Bayern (7,8 Prozent) ist Kinderarmut kaum anzutreffen.

Große Unterschiede zwischen Kreisen und kreisangehörigen Städten

Hier liegen die Kinderarmutsquoten zwischen 2 Prozent und 38 Prozent. Besonders weit verbreitet ist die Kinderarmut in Schwerin (36,6 Prozent), Bremerhaven (37,7 Prozent) und Rostock (32,3 Prozent); auch in den Landkreisen Uecker-Randow (34,8 Prozent) und Uckermark (34,1 Prozent) wachsen viele Kinder in schwierigen Verhältnissen auf. Besonders niedrige Werte finden sich in den bayerischen Landkreisen Eichstätt (2,4 Prozent), Freising (1,7 Prozent) und München (4,0 Prozent).

Handlungsbedarf in den Kommunen wird immer größer

Oft gehen das Aufwachsen in schwierigen sozialen Umfeldern und das Leben in Armut mit sozialer Ausgrenzung der Kinder und schlechten Bildungschancen einher. Hinzu kommt die angespannte Finanzsituation der Kreise, Städte und Gemeinden, die kaum noch Spielräume für gezielte Hilfen haben. So sind die Ausgaben für soziale Leistungen in den Jahren zwischen 2005 und 2010 von 35,4 auf 42,2 Milliarden Euro (+ 19 Prozent) gestiegen. Damit geben die Kommunen bereits 23,3 Prozent ihrer Budgets für Soziales aus. Die Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe stiegen zwischen 2006 und 2009 von 20,9 auf 26,9 Milliarden Euro. Davon entfielen allein 5,5 Milliarden Euro auf die Hilfen zur Erziehung für Minderjährige (z. B. in Tagesgruppen, Heimen oder betreuten Wohnformen). Diese stiegen gegenüber 2006 und damit innerhalb von nur drei Jahren um 1,2 Milliarden Euro bzw. 27 Prozent. Damit haben die Kommunen die finanziellen Grenzen zur Verbesserung der sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen erreicht. Mit einem weiteren Anstieg der Sozialausgaben droht vielen Kreisen, Städten und Gemeinden die Schuldenfalle.